

# Fortschritte und Defizite

von Busso Grabow

Eine umfassende Studie des kommunalen E-Government 2006 haben das Difu und die KGSt durchgeführt, mehr als zwei Drittel aller größeren Städte und Gemeinden haben sich beteiligt. Die Themen der Zukunft sind Mobile Government und Breitbandkommunikation.

**E**-Government steht derzeit an der Schwelle zur dritten Generation. Die erste Generation der in den 90er-Jahren entstandenen Stadtinformationssysteme wurde gleitend abgelöst von der zweiten Generation, mit der Bereitstellung von Formularen im Netz, Beteiligungsmöglichkeiten über die kommunalen Portale und elektronisch verfügbaren Interaktions- und Transaktionsangeboten. In der dritten Generation des kommunalen E-Government beginnen Innovationen und Einzellösungen zu integrierten und konsolidierten Umsetzungskonzepten zusammenzuwachsen. Diese Phase ist also nicht nur durch eine stärkere Nutzung elektronischer Medien gekennzeichnet, sondern durch Integration auf verschiedenen Ebenen. Jeder Übergang zwischen den Generationen ist eine Zeit wichtiger Weichenstellungen. Mit den Erfahrungen entstehen neue Fragen, neue Positionen und Erkenntnisse werden diskutiert, um für die nächste Phase gewappnet zu sein.

Um die Diskussion über den Entwicklungsstand, die Entwicklungsperspektiven und die notwendigen Weichenstellungen gut begründet führen zu können, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungs-

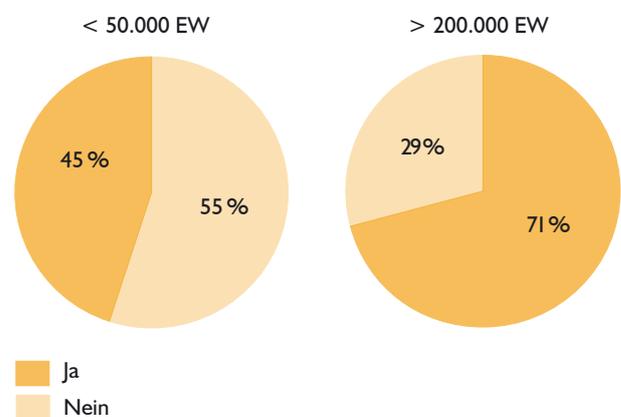
management (KGSt) eine aktuelle empirische Bestandsaufnahme vorgenommen. Insgesamt konnten Angaben von etwa 330 Kommunen ausgewertet werden (jeweils über 100 Städte und Gemeinden mit mehr und mit weniger als 50.000 Einwohnern sowie mehr als 100 Kreise).

Es wird deutlich, dass sich die wichtigsten Ziele des kommunalen E-Government in den vergangenen Jahren leicht verschoben haben. Die Ausschöpfung von Spar- und Rationalisierungspotenzialen ist wichtiger, wenn auch nicht dominant geworden. Wie schon 2001 stehen für die Kommunen die Modernisierung von Politik und Verwaltung sowie die verbesserte Erreichbarkeit für Kunden im Vordergrund.

Bei den Online Services sind die Kommunen mit den Informations- und Kommunikationsangeboten oft schon weit fortgeschritten; Transaktionsangebote hängen im Vergleich dazu weit zurück. Erfreulich ist aber die Ent-

wicklung des Problembewusstseins: die Kommunen haben mehrheitlich erkannt, dass Transaktionsangebote vor allem für die Großkunden der Verwaltung eine wichtige Rolle spielen. Neben der Fortentwicklung der Fachanwendungen und Online Services ist ein zentrales Ziel des kommunalen E-Government die insgesamt stärkere Durchdringung der Verwaltungstätigkeit mit IT. Dabei geht es insbesondere um die Nutzung von Dokumenten- und Workflow-Management, GIS-Unterstützung, virtuellen Poststellen und elektronischen Signaturen und somit um den weiteren Ausbau der Basisinfrastruktur für E-Government. Die dominierenden Technikthemen sind IT-Sicherheit, Datenschutz sowie die Standardisierung von Da-

## Kommunales E-Government ist Chefsache



Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik.

tenstrukturen (XÖV) und Prozessen. Zukünftig wichtige Bereiche sind Mobile Government, in erster Linie für die Mitarbeiter, und vor allem die Breitbandkommunikation.

Eine Tatsache hat sich auch in dieser Studie bestätigt: Vorreiter sind die Kommunen, in denen E-Government zur Chefsache erklärt wird. Nicht ganz so relevant für den Erfolg ist die Organisationsform. So sind neue Organisationseinheiten für E-Government auf kommunaler Ebene bisher auch sehr selten zu finden. Stattdessen nennen die Kommunen mehrheitlich die Hauptbeziehungsweise Organisationsämter und die IT-Verantwortlichen als zuständige Stelle sowohl für die Planung als auch für die Durchführung von E-Government-Projekten. Öffentlich-private Partnerschaften bei E-Government werden heute erst von rund einem Viertel aller Kommunen praktiziert.

Die Umfrage zeigt auch eine Reihe von kritischen Defiziten auf, die teilweise bekannt sind, teilweise aber auch als Rückschritt gesehen werden müssen. So spielt beispielsweise E-Democracy in den Überlegungen der Kommunen eine immer geringere Rolle. Von einem „Balanced E-Government“, wie es die Bertelsmann Stiftung bezeichnet, also einer ausgewogenen Entwicklung von E-Administration und E-Participation ist man weiter entfernt denn je.

#### Link-Tipp

Weiterführende Informationen zur Studie im Internet unter:

- [www.difu.de](http://www.difu.de)
- [www.kgst.de](http://www.kgst.de)

Weitere Links finden Sie unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).

Kommunales E-Government ist zwar zunehmend, aber noch zu selten strategisch angelegt, das heißt, es fehlen oft Masterpläne oder andere mittel- bis langfristig angelegte Konzepte. Ein großes Defizit ist weiterhin die wirkliche Optimierung und Neugestaltung von Prozessen. Stattdessen wird IT vielfach eingesetzt, um die bestehenden, oft suboptimalen Prozesse eins zu eins abzubilden. Im Vergleich zu 2001 sind hier kaum Fortschritte erkennbar. Ein weiteres Problem: Kosten/Nutzen-Analysen oder regelmäßige Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden nur von einem kleinen Teil der deutschen Kreise, Städte und Gemeinden vorgenommen. Schließlich ist das Marketing für die E-Government-Anwendungen vor allem in kleineren Kommunen noch selten, ebenfalls werden noch zu selten Nutzungsanreize gewährt.

Die Umfrage zeigt insgesamt, dass es trotz der beschriebenen Defizite eine ganze Reihe guter Beispiele gibt, ausgewählte sind mit ihrem jeweils spezifischen E-Government-Profil in der Studie benannt. Es wird offensichtlich, dass Großstädte zwar erheblich höhere Potenziale besitzen, dass aber auch in kleinen Kommunen teilweise deutliche Fortschritte erzielt worden sind.

Bei allen Fortschritten machen die Ergebnisse deutlich, dass entscheidende Weichenstellungen im kommunalen E-Government erst noch

anstehen. So ist eine der wichtigsten Aussagen aus der Befragung für die Weiterentwicklung von E-Government im föderalen System, dass die Kommunen starke Befürworter einer Zentralisierung von Verfahren und Datenbeständen sind und damit auch die Grenzen und Rechte der kommunalen Selbstverwaltung sinnvoll interpretieren.

E-Government der dritten Generation wird, davon ist nach den Erkenntnissen der Erhebung auszugehen, zu größeren Umbrüchen in Verwaltung und Politik, aber auch

Anzeige

im Verhältnis zu Bürgerinnen und Bürgern und zur Wirtschaft, sowie im Verwaltungsgefüge, führen, als beim Aufbau der ersten Stadtinformationssysteme vermutet wurde.

*Dr. Busso Grabow ist im Bereich Wirtschaft und Finanzen beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin tätig.*